



Dittrichring 24 · 04109 Leipzig  
Postfach 10 03 45 · D-04003 Leipzig  
Tel.: 0341 / 9 61 24 43  
Fax: 0341 / 9 61 24 99  
Internet: [www.runde-ecke-leipzig.de](http://www.runde-ecke-leipzig.de)  
E-mail: [mail@runde-ecke-leipzig.de](mailto:mail@runde-ecke-leipzig.de)

## RESÜMEE

Leipzig, den 21.03.2011

Unser Zeichen:bume2011\_resümee\_schnauer.doc

## **Arvid Schnauer: Die Arbeit des Rostocker Gerechtigkeitsausschusses Teil 2: 1990 bis 1994 - "Leipzig liest" in der "Runden Ecke" am 18.03.2011, 14.00 Uhr**

Als die Demokratie Beine bekam, war Arvid Schnauer mittendrin. Der heute 74-jährige Rostocker Pfarrer in Rente beteiligte sich 1989 an den Protesten zur Friedlichen Revolution und war Mitglied, später Vorsitzender, des Rostocker Gerechtigkeitsausschusses, der von 1989 und 1994 verschiedene Rehabilitierungsverfahren bearbeitete und sich so für die Aufarbeitung der SED-Diktatur einsetzte. Seine Erlebnisse aus der Zeit hat Schnauer aufgeschrieben und über die Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen Mecklenburg-Vorpommern herausgegeben. Marita Pagels-Heineking moderierte auch die Buchpremiere zum zweiten Teil von Schnauers Erinnerungen.

Wie er mit der doppelten Rolle des Zeitzeugen und Hobby-Historikers zurecht gekommen sei, fragte Pagels-Heineking Schnauer zu Beginn der Veranstaltung. Sachlich zu bleiben, sei in der Tat schwierig gewesen, so dass er sich das gleich von Anfang an abgewöhnt habe, so der Autor. Sein Anliegen sei es eher gewesen, eine Art Lesebuch zu verfassen, das den Jüngeren einen Eindruck der damaligen Zeit aus seiner Perspektive gibt.

Als 1989 auch in Rostock die Menschen auf die Straße gingen und sich die Kirchen mit Protestierenden füllten, versuchte die SED auf diesen Druck hin den Bürgern entgegen zu kommen, indem sie verschiedene thematische Foren schuf, unter anderem für Umwelt und Verkehr, Kultur und Demokratie. In dieser Phase kam die Idee eines Gerechtigkeitsausschusses auf, der den Auftrag erhalten sollte, Anfragen zur Rehabilitierung aufzunehmen und zu bearbeiten. Am 14. November 1989 hielt der Ausschuss seine erste Sitzung im Rostocker Rathaus ab und hatte 14 Mitglieder. Schnauer, der im Jahr zuvor Rathausverbot erhielt, weil er den SED-Oberbürgermeister beleidigt hatte, versuchte gleich von Anfang an drei wichtige Dinge zu ändern: Zum einen sollte der Gerechtigkeitsausschuss der Stadt unterstehen und nicht der Stadtverordnetenversammlung und nicht zuletzt sollte der Staatsanwalt, der sich zu Anfang in diesem Gremium befand, den Ausschuss verlassen. Zum Erstaunen aller wurden alle drei Forderungen akzeptiert.

Ob es große Diskrepanzen zwischen den von der SED geschickten Mitgliedern und Leuten wie Schnauer gegeben hätte, so eine weitere Frage von Frau Pagels-Heineking. Erstaunlicherweise erinnert sich Schnauer an nicht so viele, da „alle 14 Mitglieder ehrlichen Herzens waren und wirklich etwas verändern wollten.“ Allerdings sei es zu großen Meinungsverschiedenheiten und Austritten gekommen, als der Gerechtigkeitsausschuss sich 1991 kritisch zur IM-Tätigkeit des renommierten Mediziners Horst Klinkmann äußerte.

Der Gerechtigkeitsausschuss wurde in einer ersten Phase noch von der SED eingesetzt und hat seine Arbeit bereits im November 1989 aufgenommen. Aus der Fülle von Eingaben las Arvid Schnauer im weiteren Verlauf der Veranstaltung vor. „Diese spiegeln das ganze Spektrum dessen wider, was den Rostockern zwischen 1945 und 1989 an Ungerechtigkeit widerfahren ist“, so der Autor. Akzeptiert wurden nur Eingaben in schriftlicher Form, wovon viele Menschen zurück geschreckt seien, so Schnauer: „Die saßen dann aber manchmal bei uns im Büro und haben uns von dem Unrecht erzählt, das ihnen widerfahren ist. In manchen Fällen haben wir daraus auch eine schriftliche Eingabe machen können.“

Natürlich habe man auch mit der Staatssicherheit zu tun gehabt, die noch im November 1989 einen Maßnahmenplan entwickelte, um das Ministerium zu retten. Zum Schein wollte man sich demokratisch geben und hatte unter anderem vor, die eigenen Haushaltsmittel zu kürzen, die Privilegien der Stasi-Mitarbeiter abzuschaffen und sogar eine Bürgersprechstunde in der Stasi-Bezirksverwaltung einzuführen. Solche Dokumente, die die Absichten der Stasi enthüllten, seien auch heute nicht so häufig zu finden, bemerkte dazu Marita Pagels-Heineking.

Welche Möglichkeit hatte der Gerechtigkeitsausschuss überhaupt Aufarbeitung zu betreiben. Es habe zwei Phasen gegeben, so Schnauer. Bis zur Wiedervereinigung sei viel möglich gewesen, man konnte mehr Druck ausüben, manchmal habe allein schon der Name des Gerechtigkeitsausschusses Türen geöffnet. Nach der Wiedervereinigung habe der Gerechtigkeitsausschuss seine Arbeit fortgesetzt. Zahlreiche neue Gesetze machten es schwieriger, Menschen zu rehabilitieren. Außerdem konnten viele Fälle bis 1990/91 nicht abschließend bearbeitet werden. So schildert Schnauer den Fall eines Grenzsoldaten, der zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden war, weil er angeblich die Fluchtabsichten seines Kameraden nicht gemeldet hatte. Trotz mehrjähriger Bemühungen des Gerechtigkeitsausschusses, wurde dem Mann keine Rehabilitierung zuteil. Erst 1994 gelang unter der Mithilfe von Rechtsreferendaren ein positiver Ausgang für den Antragsteller. Ob ihm das als psychisch und physisch kranken Mann viel Freude gemacht habe, bezweifelt Schnauer jedoch.

Die Menschen hinter den Fällen zu sehen, die Akten zu öffnen und den Unrechtstaat aufzuarbeiten, war das Anliegen des Gerechtigkeitsausschusses. Schmerzlich habe er trotz mancher Erfolge feststellen müssen, dass diese Ziele zu hoch gesteckt waren, resümierte Schnauer.

Literaturhinweis:

Schnauer, Arvid: Zur Arbeit des Rostocker Gerechtigkeitsausschusses. Erinnerung, Notate, Dokumente, Teil 1: 1989/90, hrsg. von der LStU Mecklenburg-Vorpommern 2009.

Schnauer, Arvid: Zur Arbeit des Rostocker Gerechtigkeitsausschusses. Teil 2: 1989/90, hrsg. von der LStU Mecklenburg-Vorpommern 2011.